

Angst vor dem Abstieg

Die Themen »Flucht« und »Asyl« als rechte Mobilisierungsressource

ALEXANDER HÄUSLER UND
FABIAN VIRCHOW

Der Diplom-Sozialwissenschaftler Alexander Häusler ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf tätig. Dort befasst er sich in jüngerer Zeit insbesondere mit dem Aufkommen und der Entwicklung der AfD.
www.forena.de

Prof. Dr. Fabian Virchow leitet den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Rechtsterrorismus, staatliche Reaktionen auf den Rechtsextremismus sowie rechte Demonstrationspolitik.
www.forena.de

Die Flüchtlingsdebatte wird von zahlreichen rechtsextremen Personen und Gruppen als »Geschenk« betrachtet. Die Soziale Arbeit und die Wohlfahrtsverbände müssen ihren Teil zur zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rassistischen Parolen beitragen.

Die gewaltsame Eskalation politischer Konflikte in Nordafrika und im Nahen Osten sowie ein weiterhin bestehendes erhebliches Wohlstandsgefälle haben insbesondere im Jahr 2015 zu einer beträchtlichen Steigerung der Zahl nach Europa Flüchtender geführt. Die Dublin-II-Verordnung aus dem Jahr 2003, die es der Bundesrepublik Deutschland aufgrund fehlender EU-Außengrenzen erleichtert hat, die Zahl der Asylsuchenden vergleichsweise gering zu halten, ist wirkungslos geworden.

Die große Zahl von Geflüchteten stellt Kommunen vor ernsthafte Herausforderungen (z. B. Unterbringung, Sprachkurse). Die in Deutschland Ankommenden wurden im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements vielfach willkommen geheißen und unterstützt. Allerdings ist diese »Willkommenskultur« in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich zurückgetreten; inzwischen bestimmen Verunsicherung und Skepsis vieler Menschen, ob »wir das schaffen«, sowie Ablehnung und gewalttätige rassistische Zuspitzung das politische Klima.

Die extreme Rechte hat in den letzten Jahren an den Themen »Flucht« und »Asyl« zu neuer Mobilisierungsfähigkeit gefunden und setzt derzeit alle zur Verfügung stehenden Ressourcen und Mittel ein, um im Rahmen einer restriktiven Asyl- und Flüchtlingspolitik ein sofortiges Ende der Aufnahme von Schutzsuchenden durchzusetzen und die Anzahl der im Land befindlichen Geflüchteten rasch wieder zu verringern.

Eine neue rechte Bewegung im Schatten der Flüchtlingsdebatte

Über eintausend rassistisch motivierte Vorfälle und Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verzeichneten die Sicherheitsbehörden für das Jahr 2015. Vor dem Hintergrund eines rapiden Anstiegs von rassistisch motivierten Straftaten auf Flüchtlingsunterkünfte warnt das Bundeskriminalamt vor dem Entstehen neuer terroristischer Strukturen in der extremen Rechten.

NPD, neonazistische »Kameradschafts«-Strukturen und Kleinparteien und Organisationen wie »Die Rechte« und »Der III. Weg« erproben die aggressive und auf Konfrontation auch mit der Staatsgewalt setzende Zuspitzung der Spannungslagen und Konflikte. Die Blockade von Reisebussen, die Geflüchtete in ihre Unterkünfte bringen sollen, oder die Selbstermächtigung als »Grenzschützer« sind Ausdruck einer Strategie der Spannung, die den behaupteten »Staatsnotstand« herbeiführen und für möglichst viele Beteiligte erlebbar machen soll – um dann noch drastischere Maßnahmen als einzig plausible Handlungsoption erscheinen zu lassen.

Hunderte von Kundgebungen und Demonstrationen – häufig in kleinen Orten und Städten – werden denjenigen als öffentliche Plattformen angeboten, die ihrer Verunsicherung, ihrer Ablehnung oder ihrem Hass Ausdruck verleihen wollen. Nicht immer treten die Organisatoren dabei offen als NPD oder Kader neonazistischer Netzwerke

auf, gerne stellen sie sich als »besorgte Bürger« vor und versuchen dann, die Stimmung rassistisch aufzuladen.

Solche Konstellationen sind es, die der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz meinte, als er von »Pogromstimmung« sprach: »Wir steuern auf eine Situation zu, in der gewaltbereite Stimmungsmacher die Angst der Menschen bewusst nutzen, um Hysterie gegen die Asylpolitik zu schüren und Gewalt gegen die Flüchtlinge zu rechtfertigen.« (1)

Für solche Akteure, die die Aufnahme von Geflüchteten als Gefährdung »rassistischer Reinheit« deuten, legt die aktuelle Entwicklung jedes Mittel nahe, um eine als kaum mehr umkehrbar angesehene Entwicklung, die als Zerstörung der völkischen Homogenität interpretiert wird, noch zu stoppen. Dabei erhalten sie sichtbar zunehmend Unterstützung

»Gewaltbereite Stimmungsmacher nutzen die Abstiegsängste vieler Menschen bewusst aus«

durch gewaltgeneigte Szenen im vorpolitischen Raum, etwa von nationalistisch eingestellten Hooligan-Gruppierungen. Eine geringe Zahl von Festnahmen und Verurteilungen sowie Gewöhnungseffekte an das bereits erreichte Gewaltniveau – viele Anschläge schlagen sich inzwischen nur noch als kurze Notiz in den Regionalmedien nieder – führen zu Verfestigung und Eskalation einer gewaltgeladenen rassistischen Protestpraxis.

Die Pegida-Aufmärsche sind in diesem Kontext als Indikator für ein mit rassistischen Positionen mobilisierbares Potential zu interpretieren: Pegida hat den Resonanzrahmen für die aktuell sich zuspitzende rassistische Eskalationsspirale auf der Straße geschaffen. Angesichts von Legitimations- und Repräsentationsdefiziten der demokratischen Parteien, die sich in manchen konservativen und sozial abgehängten Milieus zu tiefem Misstrauen gegen demokratische Strukturen und Entscheidungsprozesse verdichtet haben, verdeutlichen die Mobilisierungserfolge von Pegida auch der organisierten extremen Rechten, dass sie Zustimmung weit über den Kreis der bisher von ihr erreichten Personen finden kann.

Im Rahmen der Pegida-Aufmärsche, aber auch der Demonstrationen der AfD in Erfurt und in anderen Städten findet sich so eine diffuse Melange aus »Wutbürgern« und extrem rechten Agitatoren, die zu einem »nationalen Aufstand« mobilisieren, der als Notwehrhandlung gerechtfertigt wird. Die ausgerechnet am 9. November von der Dresdener Pegida-Bühne herab formulierte Forderung, »den deutschen Schuldkomplex der 12-jährigen Nazi-Herrschaft für offiziell beendet« (2) zu erklären, macht in der Wortwahl und der Aussage den Anschluss an extrem rechte Diskurse sichtbar.

Rechte Publikationsorgane – etwa »Compact«, die »Junge Freiheit« oder die »Sezession« – stellen wichtige Knotenpunkte dar: Sie bieten nicht nur Einschätzungen der politischen Lage,

sondern formulieren Etappenziele und Projekte, hinter denen sich die Handlungswilligen formieren können. Ein breites Feld rassistisch orientierter Internetplattformen dient als Parallelinformationsquelle zur Selbstbestätigung und als Mobilisierungsforum. Immer zahlreicher ist dabei die Verbreitung falscher Informationen über angebliche Übergriffe und Gewalttaten Geflüchteter.

AfD als politisches Dach der Einwanderungsgegner

Im vergangenen Sommer lag die AfD in Wahlumfragen noch unter fünf Prozent. Nach dem Führungswechsel in der AfD hat sich ihr parteipolitisches Profil zu einem Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischen Merkmalsprägungen verschärft. Die AfD versucht, sich als »Anti-Flüchtlings-Partei« ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen und sich dadurch zum politischen Profiteur der rassistischen Protestwelle zu machen – mit zunehmendem Erfolg, wie die steigenden Umfragewerte und die jüngsten Wahlergebnisse verdeutlichen.

Nicht ohne Grund bezeichnete Brandenburgs AfD-Vorsitzender Alexander Gauland die Flüchtlingsdebatte als »Ge-

schenk« für seine Partei. Gegenüber dem »Bonner General-Anzeiger« erklärte der Meinungsforscher Manfred Güllner: »Die Flüchtlingsfrage ist für die AfD wie ein Magnet, ein Wählermagnet. Ihre Wähler kommen aus einem gesellschaftlichen Segment, dem es objektiv wirtschaftlich gut geht, das aber zugleich von starken Abstiegsängsten geprägt ist. Diese Menschen sind verängstigt, sie fühlen sich bedroht, fürchten, ins Proletariat abzugleiten. Nun suchen sie Sündenböcke, und finden sie in den Flüchtlingen.« (3)

Mit ihren Kampagnen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin befeuert die AfD den Aufstand des flüchtlingsfeindlichen Wutbürgertums. Bei den hessischen Kommunalwahlen wurde sichtbar, dass die NPD und die Republikaner nur dort, wo die AfD nicht zur Wahl antrat, das rassistische Wählerpotenzial an sich zu binden vermochten. Überall dort, wo alle drei rechten Parteien zur Wahl standen, hat die AfD zum Schaden der anderen gepunktet. Dies bedeutet: Die AfD hat sich zum parteipolitischen Kulminationspunkt des einwanderungsfeindlichen rechten Milieus entwickelt. Zugleich radikalisiert die Partei dieses wachsende politische Protestmilieu mit rechtspopulistischen Kampagnen und Tabubrüchen.

Politische Auseinandersetzung dringend vonnöten

Mit ihren flüchtlingsfeindlichen Kampagnen profiliert sich die AfD als parteipolitische Vorreiterin eines unterschiedlichen Gestalt annehmenden rechtsnationalistischen »Wutbürgertums«, das im Rahmen von Straßenprotest auch das Zusammengehen mit der organisierten extremen Rechten nicht scheut und praktisch-politische Angebote zur Formierung einer neuen sozialen Bewegung von rechts entwickelt.

Entscheidend für dessen politische Anschlussfähigkeit hinein in die breitere bürgerliche Mitte wird die Frage sein, ob den Vereinfachungen eines kulturalisierenden Rassismus im hegemonialen Diskurs Einhalt geboten werden kann. Hierzu bedarf es einer offensiven politischen Auseinandersetzung, die verschiedene Dimensionen adressiert und in der die Wohlfahrtsverbände aufgrund ihrer spezifischen Bedeutung für die Unter-

stützung Hilfesuchender gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Strukturen eine wichtige Rolle spielen können:

- Die Unterbringung einer größeren Zahl von Geflüchteten ist für nicht wenige Kommunen mit Herausforderungen verbunden. Aufklärungsarbeit und Dialog basieren auf dem Ernstnehmen von Befürchtungen. Daran anschließenden rassistischen Aufladungen, wie sie in Bürgerversammlungen, Leserbriefen oder Internetforen artikuliert werden – etwa hinsichtlich einer angeblich steigenden Kriminalität oder fehlender Beteiligungsverfahren (die jedoch in anderen Kontexten nicht reklamiert werden) – ist zu widersprechen.
- Die Fähigkeiten zur Auseinandersetzung mit ausgrenzenden Vorurteilsstrukturen und rassistischen Denk- und Argumentationsmustern sind im

Rahmen von Bildungsangeboten zu verbessern und auszuweiten.

- Das Asylrecht als Menschenrecht und als Individualrecht ist zu verteidigen und zu stärken. So entspricht es auch dem Gebot der Mitmenschlichkeit.
- Die Beheimatung von Flüchtlingen darf nicht durch die zahlreichen Hürden erschwert werden, die Geflüchtete in Deutschland ausgrenzen und stigmatisieren. In diesem Sinne sind Fragen der Unterbringung, des Spracherwerbs und Schulbesuchs, der Krankenversorgung, der Bewegungsfreiheit sowie der Erwerbsmöglichkeit zu lösen.
- In der politischen Debatte müssen die Folgen einer möglichen AfD-Etablierung für das interkulturelle und demokratische Miteinander deutlich gemacht werden. Als Referenzfolie können dabei der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) oder des Front National (FN)

in Frankreich dienen – beide Parteien gelten in den unterschiedlichen Spektren der AfD jeweils als politische Vorbilder.

Anmerkungen

- (1) www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-polizei-warnt-vor-pogromstimmung-a-1075096.html.
- (2) Pegida Facebook: Rede von Tatjana Festerling am 09.11.2015, www.facebook.com/pegidaevdresden/posts/1008681939170229:0.
- (3) Kai Pfundt: Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner: »Die AfD-Wähler suchen Sündenböcke« (Bonner General-Anzeiger vom 15.02.2016). www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/Die-AfD-Waehler-suchen-Suendenboecke-article3184840.html, abgerufen 15.02.2016. ■



NEU 2016

Kunkel | Kepert | Pattar
Sozialgesetzbuch VIII
 Kinder- und Jugendhilfe
 Lehr- und Praxiskommentar
 6. Auflage 2016, 1.380 S.,
 geb., 98,- €
 ISBN 978-3-8487-2329-4
nomos-shop.de/24822

Der „Kunkel“

setzt in der Interpretation der Regelungen rund um das Kinder- und Jugendhilferecht Standards. Der LPK besticht durch seine besondere Art der Kommentierung im Tandem von Hochschul Lehrern und Praktikern. Dies ermöglicht klare Beurteilungskriterien und schützt vor vorschnellen Argumentationsmustern.

Bereits berücksichtigt: Reform-Gesetz zu den unbegleitet eingereisten ausländischen Kindern und Jugendlichen.



Bieritz-Harder | Conradis | Thie
Sozialgesetzbuch XII
 Sozialhilfe
 Lehr- und Praxiskommentar
 10. Auflage 2015, 1.285 S.,
 geb., 64,- €
 ISBN 978-3-8487-1238-0
nomos-shop.de/22480

Der LPK SGB XII

ist erste Wahl in Hinblick auf Kommentierungsdichte, Preis und Aktualität. Die 10. Auflage berücksichtigt alle wichtigen neuen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (z.B. zur »Noch«- Verfassungsmäßigkeit der Regelleistungen) und des Europäischen Gerichtshofes (insbesondere in der Sache Dano).

»» Das empfehlenswerte und preisgünstige Werk hat sich in der Sozialhilfelandchaft längst fest etabliert.

Ulrich Harmening, ZfF 3/08, zur Voraufgabe ◀◀

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos